

Ausstellungseröffnung „Gute Pflege ist mehr als ...“ der KAB

7. Mai 2015

Grußwort von Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch

Sehr geehrter Herr Schmeiduch (SM),
sehr geehrter Herr Sozialdezernent Rettenmaier,
sehr geehrter Landtagskollege Maier,
Sehr geehrte Frau Wald,
Sehr geehrter Herr Niedergesäss,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu der Diözesan Ausstellungseröffnung der KAB mit dem ganz wichtigen und uns alle betreffenden Thema „Gute Pflege ist mehr als ...“

Wie sagt es so schön Joachim Fuchsberger mit seinem Buch: „Altwerden ist nichts für Feiglinge!“ und Sie wissen ja selber: alt werden wollen wir alle – aber alt sein – niemand.

Die erfreuliche Entwicklung, dass die Menschen heutzutage immer älter werden, im Alter dann aber die Zahl der Menschen mit Mehrfacherkrankungen steigt, führt dazu, dass immer mehr Menschen Pflege- und Betreuungsleistungen benötigen. Der medizinische Fortschritt trägt natürlich zu einer deutlichen Ausweitung der Lebenserwartung bei, aber natürlich auch zu einer Steigerung der Pflegebedürftigkeit.

Nach derzeitigen Prognosen wird angenommen, dass sich bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 2009 eine Steigerung der zu Pflegenden sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich um über 50 Prozent ergeben wird.

Unter Berücksichtigung dieser Zahlen liegt auch der Personalbedarf im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2009 um mindestens 50 Prozent höher, sofern keine Änderungen an den Pflegestandards erforderlich werden.

Eine Ursache für den wachsenden Bedarf an Pflegekräften ist sicherlich der Umstand, dass Familienangehörige die Pflege nicht mehr in dem seitherigen Umfang übernehmen können. Dies liegt zum einen an den sich wandelnden gesellschaftlichen Strukturen und zum anderen an den wachsenden Anforderungen des Arbeitsmarktes, immer mehr erwerbstätigen Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diese Entwicklungen müssen ernst genommen werden. Die Angebote im voll- und teilstationären sowie ambulanten Bereich müssen auf diese Entwicklungen vorbereitet sein und die notwendigen personellen und räumlichen Kapazitäten vorhalten.

Daneben muss dafür Sorge getragen werden, dass die Einrichtungen und Dienste auch auf die speziellen Anforderungen der pflegebedürftigen Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen eingestellt sind – aber auch auf

pflegebedürftige Menschen aus anderen Kulturkreisen und mit anderem religiösen Hintergrund.

Eine ganz große Herausforderung wird zudem die Zunahme von Menschen mit Demenz sein. Die meisten Menschen, auch demenziell erkrankte, wünschen sich, möglichst lange zu Hause zu leben. Betreuungsstrukturen und auch die Qualifikation der Fachkräfte muss dem entsprechen. Wir brauchen einen Mix an Qualifikationen sowohl in den Pflegeheimen als auch in der ambulanten Betreuung.

Anbei noch ein weiteres Modul, das zum Personalengpass beitragen wird: Das vorzeitige Ausscheiden vieler Pflegekräfte aufgrund hoher psychischer, aber auch körperlicher Belastungen ist ein Problem. Arbeitsbedingungen wie Taktung von Arbeitsschritten, Schichtdienst, unzuverlässige Dienstpläne und belastende Erfahrungen mit kranken und sterbenden Menschen erhöhen die Belastung. Hinzu kommt, dass die Angehörigen hohe Erwartungen an die fachliche Qualifikation der Pflegekräfte stellen und so ein zusätzlicher Erwartungsdruck entsteht.

Beim Thema Pflege geht es also um mehr als ... so wie Sie es auch in Ihrer Ausstellung formulieren und auch diesmal nicht der Blick auf die, die die Pflege erhalten, sondern der Blick auf die, die diese Pflege leisten.

Und gerade weil das Thema Pflege für beide Seiten und für uns als Gesellschaft und jeden einzelnen so wichtig, aber auch komplex ist, hat der Landtag im Feb. 2014 eine Enquete-Kommission Pflege eingesetzt.

Ziel der Enquetekommission ist es, die Situation der Pflege in Baden-Württemberg zu untersuchen und zu überprüfen, wie die vorhandenen Rahmenbedingungen verändert und welche Impulse gegeben werden müssen, um eine qualitativ hochwertige Pflege dauerhaft sicherzustellen.

Zudem gilt es zu prüfen, welche Angebote im Bereich der Prävention und Rehabilitation erforderlich sind, um den Menschen solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen – mit besonderer Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse von Menschen mit physischen und psychischen Einschränkungen.

Ziel der Enquetekommission ist es auch, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu untersuchen. Dabei geht es auch um die Bezahlung und strukturpolitische Maßnahmen, die für gute Arbeitsbedingungen notwendig sind, wie Arbeitszeitmodelle und auch gesetzliche Maßnahmen.

Es gilt, das Ansehen dieser Tätigkeit in der Öffentlichkeit zu steigern und den Beruf auch für junge Menschen, aber auch für Quereinsteiger attraktiver zu machen. Und vor allem brauchen die Pflegeberufe – die Arbeit am Menschen - mehr Wertschätzung.

Daher ist die Forderung der KAB – gute Pflege ist nur unter guten Arbeitsbedingungen zu haben – absolut richtig!

Es braucht eine flexible und leistungsgerechte Vergütung, flexiblere Arbeitsmodelle und auch der Personalschlüssel müssen an Versorgungsrealität angepasst werden.

Dazu gehören, dass die Krankenkassen die tarifbedingten Kostensteigerungen bei dem ambulanten Pflegedienst voll refinanzieren und dass die Kassen die Tarifbindung bei den freien kirchlichen Pflegediensten anerkennen.

Mit den Themen Arbeitsbedingungen und Ausbildung hat sich die Enquete-Kommission bereits in Anhörungen auseinandergesetzt.

Es herrscht weitgehend Einigkeit, dass eine Reform der Ausbildungen im Bereich der Pflegeberufe notwendig ist. Es braucht eine generalistische oder auch integrative Ausbildung, die neue Kompetenzen fördern soll um besser auf die oben genannten Anforderungen reagieren zu können.

Es braucht auf jeden Fall eine Akademisierung, die sich auf den Ausbau der Pflegewissenschaft – die Tätigkeit am PatientInnen – konzentrieren – und nicht auf Management und Pädagogik.

Hier unterstützen wir die Teilakademisierung in den Pflege- und Therapieberufen – also weg von einer auf Ärzte spezialisierten hin zu einer interdisziplinären Versorgungsstruktur.

Im Nachtragshaushalt wurden je 2 Mio. Euro für 2015+16 für einen Ausbau der Akademisierung in den oben genannten Gesundheitsfachberufen eingestellt.

Es ist heute unbestritten, dass Pflege in der stationäre Altenhilfe mehr ist als „satt + sauber“ – es geht schon lange nicht mehr um eine „reinen“ Versorgung der BewohnerInnen, sondern nach dem Motto „fordern und fördern“ gehören Anregung, Teilhabe und Mitwirkung zu einer modernen Altenhilfe.

Entsprechend braucht es aber auch die verschiedensten ExpertInnen, ein Personalmix im Sinne von interdisziplinären Versorgungsteams ist das Ziel.

Wir haben heute viele Berufe - wie Dorfhelferinnen, HeilerziehungspflegerInnen PhysiotherapeutInnen etc. – die keine Pflegeberufe als solches sind. Aber diese Vielfalt kann die Basis für den Personalmix in den einzelnen Pflegeheimen sein. Hier wird es unter Beteiligung der Krankenhäuser ein vom Sozialministerium finanziertes Modellprojekt geben, das die Wirksamkeit einer flexiblen Personalzusammensetzung evaluieren soll.

Bei aller Professionalisierung darf aber auch das familiäre und ehrenamtliche Pflege und Unterstützung nicht vergessen werden – das gilt im Besonderen für die ambulante Pflege.

Der Pflegebegriff wird sich wandeln. Pflege wird in Zukunft mehr als bisher von einer aktiven Bürgergesellschaft geleistet werden und stark auf Netzwerke setzen müssen. Auf Landesebene werden wir das durch entsprechende Strukturen unterstützen. Für die ambulante medizinische Versorgung gerade auf dem Land braucht es Versorgungsteams bestehend aus MedizinerInnen und Heilberufen, die auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Basis hierfür könnten die gut funktionierenden Sozialstationen sein. Aber vor allem gilt eine gute Vernetzung von professioneller, familiärer und ehrenamtlicher Hilfe.

Unser Prinzip „Ambulant vor Stationär“ ist als gesetzlicher Auftrag an die gemeinsame Selbstverwaltung im SGB V verankert.

Ich denke, dass die vielfältigen Anforderungen es zukünftig notwendig machen, dass individuelle Pflege- und Wohnstrukturen stärker gefördert und die Übergänge zwischen den verschiedenen Angeboten vereinfacht werden und fließender werden.

Mit dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz, das im Mai letzten Jahres verabschiedet wurde, werden Kommunen und Bürgergemeinschaften vor allem darin unterstützt, eigene kleine Wohngruppen für Menschen mit Unterstützungsbedarf einzurichten. Das ist ein großer Erfolg, denn damit werden nun bürgerschaftlich getragene Altenhilfemodelle und ambulante Strukturen der Behindertenhilfe gestärkt. Es konnte eine sehr gute Mischung aus verlässlichen Schutzvorschriften und Ansatzpunkten für neue, innovative Modelle geschaffen werden. Damit sind vollständig selbstverantwortete Wohngemeinschaften als zusätzliche Säule neben dem Wohnen in den eigenen vier Wänden, ambulanten Wohngemeinschaften unter dem Dach eines Trägers und stationären Einrichtungen möglich – vor allem mit Blick auf an Demenz erkrankte Menschen, die somit in einer selbstverantworteten Wohngemeinschaft leben können.

Zum Schluss noch ein Wort zum „Pflege Bahr“.

Diese mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz geförderte freiwillige Pflege-Zusatzversicherung taugt nachweislich nicht dafür, eine Finanzlücke im Pflegefall zu schließen. Es ist absolut ein falsches politisches Signal, dass das Pflegerisiko privatisiert wird. (Wir Grüne plädieren für eine Pflege-Bürgerversicherung.)

Gute Pflege hat ihren Preis und braucht mehr Solidarität.

Auf gute Pflege haben alle ein Recht, sie darf nicht arm machen. Deshalb muss die Finanzierung solidarisch und paritätisch erfolgen und nicht einseitig zu Lasten der Versicherten gehen.

Gute Pflege ist eben mehr –

Gute Pflege ist ein Menschenrecht. Aber gute Pflege ist nur möglich mit gut ausgebildeten, gut bezahlten und motivierten Pflegekräften mit guten Arbeitsbedingungen und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht zu vergessen, dass es besonders die Frauen sind, die das betrifft.

Gute Pflege kann nur gesichert werden, wenn Diejenigen, die sie leisten, auch in ihren Bedürfnissen gesehen und anerkannt werden.

Deshalb ist Ihre Ausstellung auch so wichtig und zeigt die Themen und Probleme auf, die die Pflege noch viel besser machen.

Ich wünsche dieser Ausstellung viel Erfolg und noch ganz viele Gäste – und nehme gerne Ihre Anregungen mit zu meinen KollegInnen in der Enquete-Kommission. Ich bin fest überzeugt, dass mit dem Abschlussbericht der Enquete Anfang 2016 vieler ihre Punkte aufgegriffen werden und auch viele Verbesserungen auf den Weg gebracht werden können.